Die 10 Millionen Schweiz – Aber für wen?

Die K-Shape-Schweiz: Warum immer mehr Menschen den Druck spüren

Die Schweiz wirkt auf den ersten Blick weiterhin wie ein Erfolgsmodell. Die vermarktete offizielle Arbeitslosenquote ist tief, die Innenstädte glänzen, die Züge fahren meistens pünktlich und die offiziellen Wirtschaftsdaten vermitteln Stabilität. Gleichzeitig wächst im Land ein diffuses Unbehagen, das inzwischen weit über Stammtische oder soziale Medien hinausgeht. Viele Menschen spüren, dass sich etwas verändert hat.

Die Mieten steigen schneller als die Löhne, die Züge werden voller, die Infrastruktur gerät an ihre Grenzen, Arzttermine dauern länger, die Krankenkassenprämien explodieren und so weiter und so fort. In vielen Regionen wird jede freie Fläche überbaut, während sich immer mehr Menschen trotz Vollzeitjob fragen, weshalb am Monatsende kaum noch etwas übrig bleibt, weil u.a. die Mieten so hoch sind.

Die politische Antwort darauf klingt seit Jahren erstaunlich ähnlich. Wachstum sei notwendig und die Wirtschaft brauche halt Arbeitskräfte. Zuwanderung sichere somit den Wohlstand. Die Schweiz profitiere insgesamt vom internationalen Wettbewerb.

Trotzdem bleibt bei vielen Bürgern ein nagendes Gefühl zurück. Weshalb fühlt sich Wohlstand für normale Menschen immer weniger nach Wohlstand an?

Mehr als eine Stammtischdebatte

Der Begriff der ***«K-Shape Economy»*** wird hier nicht eingeführt, um intellektuelle Duftmarken zu setzen oder ökonomische Fachbegriffe zur Schau zu stellen. Er hilft vielmehr dabei, eine Entwicklung mit einem einzigen Buchstaben bildlich zu beschreiben, die viele Menschen zwar täglich spüren, aber nur schwer einordnen können. Und nein, es ist kein neuer Protein-Drink von Emmi zum Body-Shaping.

Um was geht es dann? Die Debatte rund um die «10-Millionen-Schweiz»-Initiative zeigt, wie aufgeheizt die Stimmung inzwischen ist. Je näher der Abstimmungstag rückt, desto stärker verlagert sich die Diskussion in Richtung Bauchgefühl, Lagerdenken und reflexartige Schuldzuweisungen, z.B. in der Beiz, im Freundeskreis, in Kommentarspalten und zunehmend auch in grossen

Medienblättern.

Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Stammtischdiskussionen gehören zu einer lebendigen Demokratie. Nur führen emotionale Reflexe selten zu einer nüchternen Analyse wirtschaftlicher Mechanismen. Denn die Realität ist komplexer als einfache Schuldzuweisungen.

Weder erklärt Migration allein sämtliche Probleme des Landes, noch ist permanentes Wachstum automatisch ein Wohlstandsmodell für alle. Gerade deshalb hilft es, die wirtschaftlichen Kräfte hinter dieser Entwicklung einmal nüchtern auseinanderzunehmen.

Die Schweiz in der K-Form

Ökonomen sprechen inzwischen zunehmend von einer sogenannten «K-Shape Economy». Gemeint ist eine Entwicklung, bei der sich die Gesellschaft wirtschaftlich immer stärker aufspaltet.

Die obere Linie des «K» steigt steil nach oben. Dort befinden sich jene, die bereits über Vermögenswerte verfügen: Immobilien, Aktien, Unternehmensbeteiligungen oder grosse Kapitalanlagen.

Die untere Linie zeigt nach unten. Dort befinden sich Menschen, die hauptsächlich von ihrem Arbeitseinkommen leben und kaum Vermögenswerte besitzen. Die Schweiz entwickelt sich immer deutlicher in genau diese beide Richtungen.

Während Immobilienpreise und Aktienmärkte neue Rekorde erreichen, kämpfen viele Haushalte mit steigenden Lebenshaltungskosten. Eigentümer profitieren von massiv steigenden Bewertungen ihrer Häuser und Wohnungen. Banken verdienen an Hypotheken und Kreditvolumen. Institutionelle Anleger kaufen ganze Wohnsiedlungen auf. Pensionskassen investieren zunehmend in Immobilien, weil Renditen gesucht werden. Gleichzeitig bezahlen normale Mieter immer höhere Preise für immer kleinere Wohnungen.

Die Vermögensentwicklung läuft längst nicht mehr parallel zur Einkommensentwicklung. Das zeigt sich besonders deutlich bei den Vermögenszahlen. Das oberste Prozent der Steuerpflichtigen in der Schweiz kontrolliert inzwischen fast die Hälfte des steuerbaren Reinvermögens in der Schweiz. Das oberste Promille besitzt Vermögen in einer Grössenordnung, die für

normale Arbeitnehmer kaum mehr vorstellbar ist. Die unteren 60 Prozent teilen sich dagegen nur einen winzigen Bruchteil des Gesamtvermögens. Die Schweiz ist damit zwar ein reiches Land. Der Reichtum ist jedoch extrem ungleich verteilt.

Nicht die einfache Schuldfrage

Im Abstimmungskampf rund um die «10-Millionen-Schweiz»-Initiative wird die Debatte oft auf eine einfache Formel reduziert. Die einen erklären die Zuwanderung zur Hauptursache sämtlicher Probleme. Die anderen behaupten, Wachstum und Migration seien praktisch alternativlos. Beide Sichtweisen greifen aber zu kurz.

Im Zentrum steht deshalb nicht nur die Frage der Zuwanderung selbst, sondern auch jene nach den Gewinnern dieser Entwicklung. Denn irgendwo landen die Milliarden, die jedes Jahr zusätzlich über Mieten, Bodenpreise, Konsum und Infrastruktur durch das System fliessen. Denn Bevölkerungswachstum erhöht zwangsläufig die Nachfrage. Mehr Menschen benötigen Wohnungen, Konsumgüter, Versicherungen, Mobilität, Gesundheitsleistungen und Kredite. Genau dadurch steigen die Preise knapper Güter. Und von diesen Preissteigerungen profitieren in erster Linie jene, die diese Güter bereits besitzen.

Über diesen Mechanismus wird erstaunlich selten gesprochen. Viele verdrängen ihn, andere wollen ihn nicht allzu laut thematisieren, weil er nicht sauber in die gewohnten politischen Erzählungen passt. Denn plötzlich geht es nicht mehr nur um Zuwanderung, sondern auch um Immobilienbesitz, Kapitalinteressen und jene Kreise, die an permanentem Wachstum hervorragend verdienen.

Aber eben an diesem Punkt beginnt sich die wirtschaftliche Entwicklung auseinanderzufalten: oben steigende Vermögen und immer höhere Assetpreise, unten steigender Druck auf jene, die keine nennenswerten Vermögenswerte besitzen.

Das ist fast eine Lehrbuchbeschreibung einer K-Shape Economy.

Das grosse Geschäft mit der Knappheit

Der Schweizer Wohnungsmarkt zeigt diese Dynamik besonders deutlich. Wenn jedes Jahr zehntausende zusätzliche Menschen Wohnraum suchen und gleichzeitig Boden knapp bleibt, entstehen enorme Preisspiralen.

Viele neu Zugezogene akzeptieren Mietpreise, die für viele Schweizer längst absurd wirken. Nicht aus Naivität, sondern weil Schweizer Löhne im internationalen Vergleich hoch erscheinen und Wohnraum in vielen Regionen extrem knapp geworden ist. Dadurch fliesst ständig neues Geld in ein bereits bestehendes Vermögenssystem. Wer Immobilien besitzt, verdient. Wer Wohnraum sucht, bezahlt.

Dabei wird ein unangenehmer Punkt oft ausgeblendet: Auf beiden Seiten stehen mehrheitlich Menschen, die bereits hier leben. Die grossen Profiteure des Immobilienbooms sind in vielen Fällen Schweizer Eigentümer, Investoren, Pensionskassen oder institutionelle Anleger. Gleichzeitig zahlen viele Zugezogene die inzwischen absurd hohen Preise, weil sie im internationalen Vergleich weiterhin attraktiv erscheinen. Das zusätzliche Geld landet damit grösstenteils wieder im bestehenden Schweizer Vermögenssystem.

Die Gewinner dieser Entwicklung sitzen oft nicht in überfüllten Pendlerzügen. Sie sitzen in Verwaltungsräten, Immobiliengesellschaften, Banken oder Fondsstrukturen. Dort entstehen steigende Bewertungen, höhere Renditen und neue Kreditvolumen. Die Rechnung verteilt sich dagegen auf Millionen andere Menschen: steigende Mieten, Verdichtung, überlastete Infrastruktur, Konkurrenzdruck, steigende Bodenpreise, immer höhere Einstiegshürden für Wohneigentum.

> Natürlich hat Migration reale Auswirkungen auf Nachfrage und Infrastruktur. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass zehn Millionen Menschen dieselbe Belastung erzeugen wie acht Millionen. Doch gleichzeitig entsteht eine paradoxe Allianz zwischen Wirtschaft, Immobilienbesitzern, Banken, Investoren, Grossunternehmen und einem System, das dauerhaft auf Bevölkerungswachstum angewiesen scheint.

Denn mehr Menschen bedeuten mehr Konsumenten, mehr Mieter, mehr Arbeitskräfte, mehr Kreditnehmer, mehr Steuerzahler, mehr Umsatz. Die Gewinne konzentrieren sich dabei oft stark an der Spitze. Die Belastungen verteilen sich breit über die Bevölkerung.

Das Schweizer Tabu

Die Schweiz spricht gerne über Leistung. Und über Fleiss, über Wettbewerbsfähigkeit, über Innovation. Weniger gerne spricht sie über Bodenbesitz, Vermögenskonzentration und Kapitalmacht.

Dabei prägt genau diese Vermögensstruktur zunehmend den Schweizer Alltag. Wer vor zwanzig Jahren Immobilien kaufen konnte, profitiert heute oft von enormen Wertsteigerungen. Dass der starke Bevölkerungszuwachs und die anhaltende Zuwanderung diese Entwicklung massiv mitangetrieben haben, wird selbst von vielen Immobilienvermittlern kaum bestritten. Wo jedes Jahr zusätzliche Nachfrage auf knappen Boden trifft, explodieren zwangsläufig Preise und Mieten. Wer kein Eigentum besitzt, bezahlt diese Entwicklung Monat für Monat über steigende Mieten mit.

> Die Kluft verläuft längst nicht mehr nur zwischen «arm» und «reich». Sie verläuft zunehmend zwischen Menschen mit Assets und Menschen ohne Assets. Aber darüber spricht man in der Schweiz auffallend ungern.

Derweil sich im Ausland hartnäckig das Bild vom pauschal wohlhabenden Schweizer hält, der irgendwo zwischen Goldbarren, Chalet und Bankkonto lebt. Auch viele Schweizer selbst reden sich noch immer ein, man gehöre automatisch zur wohlhabenden Mittelschicht, solange man ein ordentliches Einkommen erzielt, zweimal pro Jahr in die Ferien fährt und sich den Leasing-SUV noch leisten kann.

Dabei verfügen grosse Teile der Bevölkerung über kaum nennenswerte Vermögensreserven und sind vollständig vom monatlichen Arbeitseinkommen abhängig. Ein einziger Jobverlust, eine Trennung, eine Krankheit oder eine massive Mietzinserhöhung reichen inzwischen oft aus, um die finanzielle Stabilität ins Wanken zu bringen. Trotzdem hält sich das kollektive Narrativ vom reichen Durchschnittsschweizer erstaunlich hartnäckig. Vielleicht auch deshalb, weil die Schweiz lieber über Leistung spricht als über Vermögenskonzentration. Denn daraus entsteht dieses eigentümliche gesellschaftliche Gefühl: Die Wirtschaft wächst, die Börsen steigen, Immobilien erreichen Rekordpreise. Und trotzdem haben immer mehr Menschen das Gefühl, trotz harter Arbeit kaum noch vorwärtszukommen.

Die politische Nebelmaschine

Die politische Diskussion bleibt dabei auch auffallend oberflächlich. Die Rechte konzentriert sich fast ausschliesslich auf Zuwanderung, Überfremdung, Infrastrukturstress und Sicherheitsfragen. Die Gegenseite wiederum warnt vor Isolation, dem Verlust der Bilateralen, Fachkräftemangel, wirtschaftlichem Chaos und einer Art Gefährdung der humanitären Tradition der Schweiz. Beide Lager beschreiben dabei reale Aspekte der Entwicklung.

Auffällig ist allerdings, wie selten über die Widersprüche gesprochen wird, die mitten durch die Schweizer Gesellschaft selbst verlaufen. Nicht wenige der lautesten Befürworter einer Begrenzung der Zuwanderung profitieren gleichzeitig seit Jahren massiv vom Bevölkerungswachstum. Die teuer vermietete Wohnung, das Renditeobjekt, das Mehrfamilienhaus oder die überbewertete Villa finden ihre Käufer und Mieter oft genau durch jene zusätzliche Nachfrage, die jetzt öffentlich lauthals beklagt wird.

In vielen Regionen zahlen heute vor allem gutverdienende Zugezogene Preise, die für einen grossen Teil der einheimischen Bevölkerung längst ausser Reichweite liegen. Das treibt Bewertungen, Mieten und Renditen weiter nach oben. Viele Schweizer Eigentümer wettern tagsüber gerne gegen «zu viele Ausländer» und kalkulieren abends gleichzeitig mit genau jener Nachfrage, wenn sie ihre Liegenschaft verkaufen oder neu vermieten.

> Im Klartext: Die «10-Millionen-Schweiz» soll bitte verhindert werden, allerdings erst, nachdem noch ein zahlungskräftiger Zugezogener den überteuerten Schuppen gekauft oder die absurd hohe Miete für eine Schuhschachtel unterschrieben hat.

Nur funktioniert das reale Leben selten nach dem Prinzip «maximale Rendite bei minimalem Bevölkerungswachstum». Wer eine echte Begrenzung der Zuwanderung fordert, muss ehrlicherweise auch akzeptieren, dass dadurch gewisse Preis- und Renditefantasien unter Druck geraten könnten. Weniger zusätzliche Nachfrage bedeutet langfristig auch weniger Dynamik bei Immobilienpreisen, Bodenwerten und Mieten. Das wäre immerhin eine konsistente Haltung.

Wer dagegen lautstark gegen Zuwanderung wettert und gleichzeitig

darauf hofft, dass noch ein zahlungskräftiger Zugezogener die eigene Liegenschaft zu einem Fantasiepreis übernimmt, betreibt letztlich politische Doppelmoral mit Renditeaufschlag.

Und wer die Begrenzungsinitiative ablehnt, sollte umgekehrt ebenfalls ehrlich bleiben: Das bisherige Wachstumsmodell produziert zwar Wohlstand, verteilt diesen aber immer ungleicher. Die Schweiz befindet sich längst in einer Situation, in der die Sterbezahlen höher liegen als die Geburtenzahlen. Der demografische Druck wird sich also ohnehin verändern. Die Vorstellung eines endlosen Wachstums ohne gesellschaftliche Spannungen wirkt deshalb zunehmend unrealistisch.

Daran wird allerdings auch die «10-Millionen-Schweiz»-Initiative alleine wenig ändern, solange die grundlegenden Mechanismen der Vermögenskonzentration, Bodenknappheit und Asset-Inflation unangetastet bleiben.

Demokratie mit eingebautem Rückwärtsgang

Aber beide Seiten können sich trösten. Es passiert erst einmal sowieso nichts. Gar nichts. Selbst wenn die Initiative angenommen würde, **glaubt wohl kaum einer ernsthaft, dass Bundesrat und Verwaltung sie in den kommenden Jahren konsequent umsetzen würde.** Die Schweizer haben in den vergangenen Jahren den Eindruck gewinnen können, dass Volksentscheide erstaunlich elastisch werden, sobald sie internationalen Interessen, wirtschaftlichen Zwängen oder etablierten Machtstrukturen in die Quere kommen.

Die Neutralität wurde schliesslich ebenfalls zunehmend «flexibel» ausgelegt. Warum sollte ausgerechnet die Zuwanderungspolitik plötzlich in Granit gemeisselt sein?